

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Juni 2010

Einsatz erneuerbarer Energien bei der BSAG

Das Land Bremen verfolgt das Ziel, seine CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 % gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 zu senken. Dieses Ziel ist ambitioniert und kann nur erreicht werden, wenn jedes der im Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 des Senats genannten Handlungsfelder kontinuierlich und konsequent auf weitere Potenziale überprüft wird. Eines der wichtigsten Handlungsfelder ist die Nutzung und Erzeugung von Strom, die alleine für mehr als 40 % der Bremer CO₂-Emissionen (ohne Stahlindustrie) verantwortlich ist.

Die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) ist gerade zum Klimaschutzbetrieb 2010 ernannt worden, weil sie mit vielerlei baulichen Maßnahmen ihren CO₂-Ausstoß vermindert hat. Gleichwohl verbraucht die BSAG durch den Betrieb ihrer Straßenbahnen und Betriebshöfe eine erhebliche Menge an Betriebsstrom. Zwar trägt der gut ausgebaute öffentliche Personennahverkehr in Bremen schon heute zu den Klimaschutzbemühungen der Stadt bei, die Nutzung konventionell in Kohlekraftwerken erzeugten Stroms bei der BSAG verschlechtert aber die Emissionsbilanzen insbesondere an CO₂.

In Städten wie Hamburg, Frankfurt oder Freiburg haben sich die städtischen ÖPNV-Unternehmen bereits dazu entschieden, ihren Strom ausschließlich oder zu Teilen aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Auch für Bremen und die BSAG gilt es, jetzt ähnliche Überlegungen anzustellen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie hoch ist der jährliche Gesamtstrombedarf der BSAG?
2. Wie setzt sich derzeit der Strommix der BSAG zusammen bzw. wie hoch ist derzeit der Anteil erneuerbarer Energien bei der BSAG?
3. Wie bewertet der Senat die Forderung, Ökostrom bei der BSAG einzusetzen?
4. Inwieweit plant die BSAG, geeignete Flächen bei ihren Betriebsstätten und Großhaltstellen (z. B. Hauptbahnhof) zur Erzeugung von Solarstrom zu nutzen? Wie groß wird das diesbezügliche Potenzial eingeschätzt? Inwieweit könnte dieser Strom zukünftig selbst genutzt werden?

Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

D a z u

Antwort des Senats vom 3. August 2010

1. Wie hoch ist der jährliche Gesamtstrombedarf der BSAG?

Der jährliche Gesamtstrombedarf wird für das Jahr 2011 auf ca. 34 600 MWh geschätzt.

2. Wie setzt sich derzeit der Strommix der BSAG zusammen bzw. wie hoch ist derzeit der Anteil erneuerbarer Energien bei der BSAG?

Die BSAG verfolgt im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten konsequent das Ziel, die mit dem Energieverbrauch verbundenen Auswirkungen auf das Klima zu reduzieren. Für eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz auf dem Betriebsgelände am Flughafendamm wurde dem Unternehmen im Mai dieses Jahres die Auszeichnung „Klimaschutzbetrieb CO₂-20 2010“ durch den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa verliehen.

Für ihren Jahresstrombedarf 2010 hat die BSAG RECS-Zertifikate (Renewable Energy Certificate System) von Wasserkraftwerken aus Norwegen erworben. Der Anteil der erneuerbaren Energien liegt damit rechnerisch bei 100 %.

Da die BSAG einen nachhaltigen Umweltbeitrag aus dem Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien anstrebt, soll ab 2011 Ökostrom (z. B. ok-power Label, Grüner Strom Label) bezogen werden. Diese Label, z. B. nach Definition von Öko-Institut e. V., garantieren die Einhaltung anspruchsvoller Kriterien für Herkunft und Nachweis des bezogenen Ökostroms.

3. Wie bewertet der Senat die Forderung, Ökostrom bei der BSAG einzusetzen?

Mit dem Beschluss zur Ökostromausschreibung 2009/2010 für die öffentlichen Gebäude hat der Senat die Gesellschaften Bremens aufgefordert, sich soweit möglich und sinnvoll an der Ausschreibung zu beteiligen. Die Aktivitäten der BSAG, ihren Strombedarf aus erneuerbaren Energien nach anerkannten Qualitätskriterien zu decken, werden vom Senat entsprechend ausdrücklich begrüßt.

4. Inwieweit plant die BSAG, geeignete Flächen bei ihren Betriebsstätten und Großhaltstellen (z. B. Hauptbahnhof) zur Erzeugung von Solarstrom zu nutzen? Wie groß wird das diesbezügliche Potenzial eingeschätzt? Inwieweit könnte dieser Strom zukünftig selbst genutzt werden?

Die Dachflächen der Betriebsstätten sind für die Nutzung „Fotovoltaik“ zurzeit wirtschaftlich nicht nutzbar, da sich durch zu viele Einbauten und Öffnungen zu wenig zusammenhängende Flächen ergeben. Aufgrund der fortschreitenden Technik sind weitergehende Prüfungen über denkbare Potenziale für 2011 geplant. Die Haltestelle am Hauptbahnhof ist in der bestehenden leichten Stahl-/Glaskonstruktion mit einer Zulassung im Einzelfall für Fotovoltaik nicht geeignet.

Bei allen geplanten Baumaßnahmen wird in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen Umwelt/Arbeitssicherheit und Controlling die Finanzierung und Fotovoltaiknutzung geprüft und gegebenenfalls unter Beteiligung Dritter umgesetzt (Siehe: Grüne Liste).